

## Aktuelles

### *Ukraine-Krise*

#### **Merkel: Minsker Vereinbarungen umsetzen**

Die Kanzlerin hat erneut gefordert, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten. "Die Abkommen müssen mit Leben erfüllt werden", sagte Merkel nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Hollande in Paris. "Es ist absolut lohnend, alles zu tun, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird."



*Das militärische Vorgehen in und um Debalzewe bringt Leid und Not über die Bevölkerung.*

*Foto: REUTERS*

Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies insbesondere auf die Einhaltung des vereinbarten Waffenstillstandes, auf den Rückzug schwerer Waffen und auf den Austausch von Gefangenen. Ein Jahr nach den Ereignissen auf dem Majdan werde deutlich, dass es der Ukraine nicht einfach gemacht werde, ihren Weg in die Freiheit und auch in die Selbstbestimmtheit zu finden.

Deutschland und Frankreich würden jedoch alles dafür tun, der Ukraine auf ihrem Weg zu helfen, so Merkel am Freitagnachmittag nach dem Gespräch mit dem französischen Präsidenten François Hollande in Paris.

Kurz zuvor hatte bereits die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz bekräftigt: Die Bemühungen um eine nachhaltige Waffenruhe, der Abzug schwerer Waffen und der Gefangenaustausch seien "die Dinge, die im Moment im Vordergrund stehen." Grundlage blieben die Minsker Vereinbarungen. "Das ist auch der Weg, auf dem im Moment alle Parteien weiter voranschreiten, auch wenn es ein sehr mühsamer Weg ist", so die Sprecherin in der Regierungspressekonferenz.



Die  
Bundesregierung

#### **Telefonat Merckels mit Staatspräsidenten**

Am Donnerstag hatte die Kanzlerin erneut mit den Präsidenten Frankreichs, der Ukraine und Russlands über die Lage in der Ost-Ukraine gesprochen. Sie kamen überein, die Minsker Vereinbarungen trotz des Bruchs der Waffenruhe in Debalzewe weiter umzusetzen.

In dem Telefonat bekundeten Merkel und die Präsidenten François Hollande, Wladimir Putin und Petro Poroschenko den Willen, an den Minsker Vereinbarungen festzuhalten - trotz des schweren Bruchs der Waffenruhe in der ostukrainischen Stadt Debalzewe. Die Gesprächspartner waren sich einig, dass zur umfassenden Umsetzung der Waffenruhe unmittelbar konkrete Schritte erforderlich seien. Außerdem müsse der Rückzug der schweren Waffen unter Beobachtung der OSZE erfolgen.

Sie forderten außerdem, dass der Gefangenen-austausch jetzt begonnen werden müsse. Präsident Putin sagte zu, in diesem Sinne auf die Separatisten einzuwirken. In den nächsten Tagen werden die Außenminister der vier Länder weiter über die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets beraten.

#### **Debalzewe in der Hand der Separatisten**

Am Mittwoch hatte Regierungssprecher Stefan Seibert das militärische Vorgehen der Separatisten in Debalzewe aufs Schärfste verurteilt. Die Verletzung der Waffenruhe sei ein grober Verstoß gegen die Vereinbarungen von Minsk. "Das ist eine massive Verletzung der seit Sonntag geltenden Waffenruhe. Es ist ein Verstoß gegen das gerade letzten Donnerstag unterzeichnete Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen aus dem September", kritisierte Seibert.

"Um es ganz klar zu sagen: Kein Ort ist in dem Maßnahmenpaket von Minsk ausgenommen von der Forderung eines Waffenstillstands ab 0 Uhr und von einem ab Dienstag beginnenden Abzug schwerer Waffen - kein Ort." Deswegen sei das Vorgehen der Separatisten in Debalzewe ein ganz klarer Verstoß gegen diese Vereinbarung.

Im Laufe des Mittwochs (18.02.) hatten die Truppen der Ukraine den Rückzug aus Debalzewe angetreten. Der Verkehrsknotenpunkt in der Ostukraine war seit Wochen umkämpft. Er liegt zwischen Donezk und Luhansk.

### **Maßnahmenpaket umsetzen**

Das militärische Vorgehen der prorussischen Separatisten bringe "ohne jede Rücksicht großes Leid und weitere große Not über die Bevölkerung der Region", so der Sprecher. Es sei auch "eine schwere Belastung für das Abkommen wie für die Friedenshoffnungen für die Ostukraine insgesamt."

Man müsse jetzt darauf dringen, dass das Maßnahmenpaket umgesetzt werde, so Seibert. "Wir empfinden auch die UN-Resolution - die einstimmig beschlossene - als ein Drängen in diesem Sinne, und werden die nächsten Tage weiter arbeiten mit den Möglichkeiten, die wir haben."

Am Freitag (20.02.15) ergänzte Außenamtssprecherin Chebli, ein stabiler Waffenstillstand sei auch die Voraussetzung dafür, eine von allen Beteiligten getragene Überwachungsmission durchzuführen. "Letztendlich heißt das aber nicht, dass wir bis dahin, bis so eine Mission steht, nichts machen." Deutschlands Aufgabe sei es, "auch mit Hilfe der OSZE Verifikationsmöglichkeiten zu schaffen, um uns dem Zustand eines Waffenstillstands in den nächsten Tagen sukzessive anzunähern", so die Sprecherin. Deswegen setze man darauf, die OSZE "so auszustatten und sie so stark zu machen, dass sie in der Lage ist, die ihr zugeschriebene Aufgabe zu erfüllen."

### **Hilfe für Bevölkerung**

Um die Not der Bevölkerung in den umkämpften Gebieten zu lindern, beschloss das Auswärtige Amt, zehn Millionen Euro als Soforthilfemaßnahmen für die unter den Kämpfen in der Ost-Ukraine leidenden Menschen zur Verfügung zu stellen. Das kündigte Außenminister Steinmeier am Mittwoch (18.02.) vor einem Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern humanitärer Hilfsorganisationen an.

Das Bemühen, die Lage in der Ostukraine nicht weiter eskalieren zu lassen, so Steinmeier vor

dem Gespräch, dürfe "uns nicht davon abhalten, an die Menschen in der Ostukraine zu denken". Sie litten seit vielen Monaten unter fehlenden Nahrungs- und Heizungsmitteln und dem weitgehenden Zusammenbruch der öffentlichen Infrastruktur.

### **UN-Resolution: Russland ist im Wort**

Am Mittwoch in der Regierungspressekonferenz erläuterte Seibert, die Bundesregierung begrüße, dass es jetzt eine einstimmig verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates gebe - "also auch mit den Stimmen Russlands".

Bei dem in der Nacht verabschiedeten Dokument handele es sich um eine Resolution, die sich ausdrücklich hinter die Vereinbarungen von Minsk stelle: Die sich also "ausdrücklich bekennt zu diesem Maßnahmenpaket, das Russland, die Ukraine, die Separatisten und die OSZE unterzeichnet haben: Endlich umzusetzen, was im Prinzip schon im September in Minsk beschlossen worden war", erklärte der Sprecher. "Das ist ein gutes Signal, das die UN dort gesendet hat."

### **Weitere Sanktionen denkbar**

In der vergangenen Woche hätten die EU-Staats- und Regierungschefs klar gemacht, dass sie "Kurs halten" in der Frage nach weiteren Sanktionen. "Und das heißt, dass bei weiterer Eskalation auch weitere Maßnahmen nötig werden können", so Seibert. "Die Bereitschaft in diese Richtung zu denken ist da - und sie hängt von der Entwicklung in der Ostukraine ab."

Bundeskanzlerin Merkel bemüht sich seit Abschluss der **Minsker Verhandlungen** am 12. Februar weiter intensiv um eine vollständige Waffenruhe in der Ostukraine. In Minsk hatten die Bundeskanzlerin und die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine ein schrittweise umzusetzendes Maßnahmenpaket für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts vereinbart. Die seit dem 15. Februar geltende Waffenruhe ist das vorrangigste Verhandlungsergebnis.

*Freitag, 20. Februar 2015*

---

### *Ergebnisse des Minsker Gipfels*

#### **Bekanntnis zur Souveränität der Ukraine**

Kanzlerin Merkel und die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine haben in Minsk Schritte für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts vereinbart. Wichtigstes Ergebnis ist eine Waffenruhe, die ab kommendem Sonntag gelten soll.

Nach dem Treffen in Minsk informierten die Bundeskanzlerin und der französische Präsident ihre EU-Partner in Brüssel über die Friedensverhandlungen. An der Ratssitzung nahm auch Präsident Poroschenko teil, der die Lage in seinem Land schilderte.



*Einigung in Minsk: Merkel und die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine.*

*Foto: Bunderegierung/Kugler*

Wichtigstes Ergebnis für die Zivilbevölkerung in der Ostukraine, die unter den Kriegshandlungen besonders leidet: In Minsk wurde ein Waffenstillstand vereinbart, wirksam ab Sonntag, dem 15. Februar, 0 Uhr. Außerdem wurden klare zeitliche Vorgaben für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen gemacht. Dazu gehört neben dem Rückzug schwerer Waffen um mindestens 50 Kilometer die Einrichtung einer Sicherheitszone binnen vierzehn Tagen. Außerdem gibt es Verpflichtungen zum raschen Gefangenenaustausch, zur Grenzkontrolle und zu Wahlen.

#### **Waffenruhe in der Ostukraine umsetzen**

In ihrer gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des Minsker Treffens haben die vier Unterzeichner Merkel, Hollande, Putin und Poroschenko ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine bekräftigt. In dem Papier heißt es weiter, alle seien "der festen Überzeugung, dass es zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative gibt." Um diese zu gewährleisten, seien sie fest entschlossen, "einzeln und gemeinsam alle möglichen Maßnahmen zu treffen."

Zum Maßnahmenpaket von Minsk erklärte die Bundeskanzlerin, es ergänze die Minsker Vereinbarungen vom September 2014. "Wir haben versucht, Schwierigkeiten des Minsker Abkommens jetzt durch dieses Maßnahmenpaket zu beheben, mit all den Unsicherheiten, die wir dabei haben,

weil wir immer auf den guten Willen aller angewiesen sind, die das implementieren müssen", erläuterte Merkel in Brüssel.

Für Merkel ist die Vierer-Erklärung von Minsk und der neue Maßnahmenkatalog ein "Hoffnungsschimmer". Den Worten müssten nun aber Taten folgen. Sie halte viele Schwierigkeiten für möglich. Der Europäische Rat unterstütze jedoch ihre und Hollandes Initiative, den Friedensprozess voranzubringen.

Der Vierer-Gipfel am 11./12. Februar in Minsk war auf Betreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande zustande gekommen. Fast siebzehn Stunden dauerten die Verhandlungen in der weißrussischen Hauptstadt. Bei den Beratungen im sogenannten Normandie-Format mit den Präsidenten Russlands und der Ukraine saßen zeitweise auch die vier Außenminister mit am Konferenztisch.

#### **Kontaktgruppe für Details verantwortlich**

Bundesaußenminister Steinmeier erklärte nach den Verhandlungen: "Wir hätten uns mehr gewünscht." Es sei keine umfassende Lösung erzielt worden und auch kein Durchbruch. Dennoch könne der Maßnahmenkatalog von Minsk nach Wochen der Gewalt "ein Schritt sein, der uns von einer militärischen Eskalationsspirale weg" führen könnte, so der Minister.



Die Details der in Minsk erzielten Regelung veröffentlicht die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der Separatisten mit Beteiligung der OSZE. Kanzlerin Merkel stellte in Minsk klar, die Chefs des Normandie-Formats hätten sich verpflichtet, "dass wir diesen Prozess der Implementierung überwachen und dass wir alles in unserer Kraft Stehende tun, um ihn auch weiter zu begleiten." Sie gehe davon aus, "dass das auch nötig sein wird."

**Sanktionen weiter aktuell**

Alle seien sich bewusst, so Merkel in Brüssel, dass es vieler Anstrengungen bedürfe, um das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu verwirklichen. Deshalb halte sich die EU auch alle Reaktionsmöglichkeiten offen: "Wenn es gut geht, werden wir diesen Prozess erfreut begleiten, wenn es Schwierigkeiten gibt, schließen wir auch weitere Sanktionen nicht aus."

Sanktionen könnten immer nur dann aufgehoben werden, wenn auch die Gründe weggefallen seien, wegen derer sie verhängt wurden. Für den Fall aber, dass die Vereinbarungen im Maßnahmenkatalog vom 12. Februar nicht eingehalten würden, "halten wir uns offen, dass wir dann weitere Maßnahmen ergreifen müssen", warnte die Kanzlerin.

Im Januar hatten die 28 EU-Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame **Erklärung zur Ukraine** verabschiedet. Darin heißt es, mit Blick auf die andauernden Kämpfe in der Ostukraine würden sie gegenüber Russland "angemessene Handlungen in Betracht ziehen, insbesondere weitere restriktive Maßnahmen". Bereits damals hatten sich die EU "besorgt über die sich verschlechternde Sicherheits- und humanitäre Lage in der Ostukraine" gezeigt. Nach dem Anschlag auf einen Bus in Mariupol am 24. Januar hatten die EU-Außenminister weitere Sanktionsmaßnahmen (Listungen von Personen) vereinbart. Diese treten am 16. Februar in Kraft.

**Merkel und Hollande: Ein starkes Tandem**

Nach den Verhandlungen in Minsk hatte Bundeskanzlerin Merkel Präsident Hollande für die Zusammenarbeit gedankt. Sie befand, beider Initiative habe sich gelohnt: "Wir haben jetzt einen Hoffnungsschimmer, wir haben eine umfassende Implementierung von Minsk vereinbart." Die konkreten Schritte müssten noch gegangen werden und es lägen "noch große Hürden vor uns." In der Abwägung könne sie jedoch sagen, "dass das, was wir jetzt erreicht haben, deutlich mehr Hoffnung gibt, als wenn wir nichts erreicht hätten."

Präsident Hollande zog ebenfalls ein positives Fazit des gemeinsamen Einsatzes und betonte "die sich ergänzenden Rollen, die Deutschland und Frankreich in diesem Prozess gespielt haben". Damit habe sich auch "ganz Europa verpflichtet, diesen Prozess zu unterstützen." Hollande stellte fest: "Wir haben zwar noch nicht alles erreicht, aber wir haben eine ganz ernsthafte Hoffnung für die Ukraine und damit auch für Europa. Und wir haben wieder einmal gezeigt, dass das deutsch-französische Tandem in der Lage ist, etwas für den Frieden zu tun."

*Freitag, 13. Februar 2015*



LAP LAMBERT Academic Publishing is a trademark of: OmniScriptum GmbH & Co. KG  
 Heinrich-Böcking-Str. 6-8  
 66121, Saarbrücken, Germany  
 Email: info@omniscryptum.com  
 www.omniscryptum.com  
 www.lap-publishing.com  
 www.ljubljuknigi.ru  
 "Russland: Konfrontation mit dem Westen", in russischer Sprache, ISBN 978-3-659-67580-5, Autor: Andrej Tichomirow, Preis: EUR 94.90. <http://d-nb.info/1066533717>

**IMPRESSUM**

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien ([www.deutschsprachig.de](http://www.deutschsprachig.de))“  
 Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.  
 E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
 Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".  
 Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1058396579>